

---

# Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013

Armin Schäfer, Hanna Schwander und Philip Manow

---

## 1 Einleitung

Vor der Bundestagswahl 2013 wurde die Wahlenthaltung plötzlich zu einem intensiv diskutierten Thema: Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erklärte die Höhe der Wahlbeteiligung für wahlentscheidend; Zeitungen diskutierten die Frage, ob eine niedrige Wahlbeteiligung für die Demokratie schädlich sei; und mehrere Stiftungen veröffentlichten Studien über Gründe und Folgen der Wahlenthaltung. Während es in den Wahljahren 1998, 2002 und 2005 in fünf führenden überregionalen Tageszeitungen sowie in der Wochenzeitschrift *Die Zeit* höchstens drei Artikel gab, in denen das Wort „Nichtwähler“ mindestens dreimal erwähnt wurde, schnellte die Anzahl 2009 auf 24 und 2013 auf 29 Artikel hoch.<sup>1</sup> Auch die Politikwissenschaft widmet sich mit verstärkter Aufmerksamkeit dem von Falter und Schumann (1994) augenzwinkernd als „unbekannte[s] Wesen“ betitelten Nichtwähler. Während die Forschung lange Zeit eine wachsende Wahlabstinz als unproblematisch ansah, da sich Nichtwähler und Wähler in Herkunft und Einstellungen nicht

---

<sup>1</sup> Die fünf Tageszeitungen sind taz, SZ, FAZ, Welt und FR. Wir danken Lea Elsässer für die in LexisNexis durchgeführte Recherche.

---

A. Schäfer (✉)  
Universität Osnabrück, Osnabrück, Deutschland  
E-Mail: armin.schaefer@uos.de

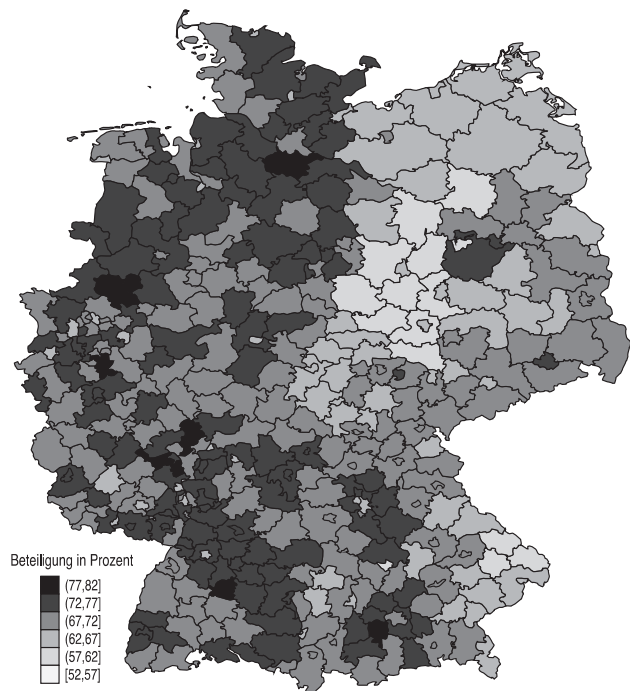
H. Schwander  
Universität Bremen, Bremen, Deutschland  
E-Mail: hanna.schwander@uni-bremen.de

P. Manow  
Universität Bremen, Bremen, Deutschland  
E-Mail: manow@uni-bremen.de

sonderlich stark unterschieden und deshalb sozialstrukturell „unauffällig“ (Roth und Wüst 2007, S. 400) seien, wurde jüngst vor den Verwerfungen einer „Zweidrittel-Demokratie“ gewarnt, in der sozial Benachteiligte nicht mehr am politischen Leben teilnahmen (Merkel und Petring 2012, S. 100). In diesem Kapitel greifen wir die Frage nach den Determinanten der Wahlbeteiligung auf und zeigen, dass die Neigung zur Wahlenthaltung keineswegs gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt ist, sondern überproportional häufig bei ressourcenarmen Gruppen und in ökonomisch schwachen Regionen anzutreffen ist.

Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 ließ sich noch als Ausreißer interpretieren, der der Unzufriedenheit mit der Großen Koalition geschuldet war. Doch die Wahlbeteiligung verharrte auch 2013 auf dem niedrigen Niveau der vorangegangenen Wahl. Der minimale Anstieg um 0.7 Prozentpunkte auf 71.5% ändert nichts am langfristigen Trend wachsender Wahlabstinenz, der sich noch deutlicher bei Landtags- und Kommunalwahlen zeigt. Einen ersten Eindruck von den Beteiligungsunterschieden vermittelt Abb. 1, in der die Wahlbeteiligung 2013 in über 400 Kreisen und kreisfreien Städten abgebildet ist. Neben der durchschnittlich niedrigeren Wahlbeteiligung in Ostdeutschland fällt auf, dass auch strukturschwache Gebiete in Westdeutschland – wie die Oberpfalz in Bayern oder Teile des Saarlands und des Ruhrgebiets – höhere Nichtwahlraten aufweisen. Innerhalb Ostdeutschland ist ein Gefälle von Süd nach Nord erkennbar: In den wirtschaftlich starken Bundesländern Thüringen und Sachsen sowie im Berliner Umland fällt die Wahlbeteiligung höher als in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern aus.

**Abb. 1** Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in Kreisen und kreisfreien Städten. (*Anmerkungen:* Eigene Darstellung, Datenquelle: Inkar)



Mit dem Sinken der Wahlbeteiligung wird sie zugleich auch sozial ungleicher, denn es sind benachteiligte und ressourcenschwache Gruppen, die überproportional darauf verzichten, wählen zu gehen. Seit den achtziger Jahren sind die Unterschiede in der demokratischen Beteiligung gewachsen, wodurch Einkommen oder Bildung die Wahlteilnahme heute besser vorhersagen als in der Vergangenheit. Besonders stark ausgeprägt ist die soziale Kluft bei den Jüngeren (Lamers und Roßteutscher 2014), weshalb zu erwarten ist, dass Wahlbeteiligungsunterschiede weiter zunehmen werden. Was auf individueller Ebene sichtbar ist, bestätigt der Blick auf räumliche Muster der Wahlbeteiligung. So besteht beispielsweise zwischen Stadtteilen ein erhebliches Gefälle in der Wahlbeteiligung, das eng mit Indikatoren zur sozialen Lage korreliert: Je ärmer ein Stadtteil, desto weniger Menschen gehen dort zur Wahl (Schäfer 2012).

In diesem Kapitel untersuchen wir die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Dabei befassen wir uns einerseits mit der Frage, welche Individualmerkmale die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme erhöhen, andererseits untersuchen wir, welche sozio-ökonomischen Kontextfaktoren mit der Wahlbeteiligung korreliert sind. Hierzu analysieren wir detaillierte Strukturdaten der ca. 400 deutschen Kreise und kreisfreien Städte. Sowohl die Analysen mit Individual- als auch die mit Aggregatdaten zeigen, dass Armut und soziale Problemlagen die Wahlbeteiligung deutlich senken. Damit bestätigt sich die bereits in den 1930er Jahren durch den schwedischen Politikwissenschaftler Herbert Tingsten (1975, S. 231) formulierte Gesetzmäßigkeit: Je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt, desto ungleicher ist sie (siehe auch Kohler 2006; Mahler 2008).

---

## 2 Literaturüberblick

In der Wahlforschung werden zwei gängige Ansätze unterschieden, die das Wahlverhalten erklären sollen. Zum einen der „mikrosoziologische“ Ansatz, der durch Arbeiten an der Columbia-Universität geprägt wurde (Lazarsfeld et al. 1969; Berelson et al. 1954), zum anderen der „sozialpsychologische“ Ansatz, der vor allem in Michigan durch Angus Campell und seine Kollegen ausgearbeitet wurde. Beim mikrosoziologischen Ansatz steht die Frage im Zentrum, wie durch Gruppenzugehörigkeit und soziale Kontakte kollektive Identitäten und politische Verhaltensmuster entstehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Menschen in sozial relativ homogenen Netzwerken bewegen und ihr Verhalten durch die dort vorherrschenden Normen geprägt wird (Berelson et al. 1954, S. 298–300). Für die Frage nach der Wahlbeteiligung legt dieser Ansatz nahe, dass Personen eher zur Wahlteilnahme neigen, die gesellschaftlich gut integriert und keine Randgruppen sind. Operationalisiert wird der Grad sozialer Integration etwa durch die Mitgliedschaft in Vereinen oder politischen Organisationen, aber auch durch die Kirchenbindung oder den Familienstand (Caballero 2014, S. 465). Der sozialpsychologische Ansatz betont im Gegensatz dazu weniger die Gruppenzugehörigkeit, als vielmehr individuelle Werte und Orientierungen, die zwischen sozialer Lage und dem politischen Verhalten vermitteln. Zentrale Variablen, die für das Wahlverhalten als prägend identifiziert wurden, sind neben

der Themen- und Kandidatenorientierung die Parteiidentifikation, das politische Selbstvertrauen (*political efficacy*) sowie die Akzeptanz der Wahlnorm (siehe Schoen und Weins 2005). Die Abwesenheit von partizipationsfördernden Einstellungen erklärt, weshalb sich Bürgerinnen und Bürger nicht an Wahlen beteiligen.

Beide Perspektiven werden in vielen Veröffentlichungen als rivalisierende Erklärungsangebote angesehen, und es wird gefragt, welcher Ansatz für die Wahlenthaltung die stärkere Erklärungskraft besitzt (siehe Falter und Schumann 1994, S. 200; Steinbrecher und Rattinger 2011, S. 87, die bei den politischen Einstellungen die höhere Erklärungskraft sehen). Doch trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen gibt es zwischen den Schulen eine Reihe von Überschneidungen. Beispielsweise zeigen Campbell et al. (1971 [1954]: Anhang), wie politische Einstellungen durch die soziale Lage und das persönliche Nahumfeld geprägt werden. Statt eines Gegensatzes erscheinen die beiden Ansätze dann als eng miteinander verbunden, weil die Gruppenzugehörigkeit zu erklären hilft, weshalb Personen in unterschiedlichen sozialen Lagen in unterschiedlichem Maß jene *civic orientations* entwickeln, die dazu führen, sich an Wahlen zu beteiligen oder sich der Stimmabgabe zu enthalten (Schoen 2014, S. 187–194).

Eine Verbindung zwischen der Auswertung von Individual- und Aggregatdaten stellen Mehrebenenanalyse her, die fragen, wie sich räumliche Unterschiede auf Einstellungen und Verhalten auswirken. So weist Weßels (2015) nach, dass mit steigender Einkommensungleichheit auch die Unterschiede im Wählerwissen zunehmen. Damit knüpft er an den Befund von Solt (2008) an, dass in Ländern mit höherer Einkommensungleichheit die sozialen Unterschiede sowohl im politischen Interesse und der Diskussionsbereitschaft als auch bei der Wahlteilnahme besonders ausgeprägt sind (siehe auch Schäfer 2015; Kap. 4). Uslaner und Brown (2005) vergleichen die US-Bundesstaaten und können nachweisen, dass Ungleichheit das interpersonale Vertrauen reduziert und dadurch die Bereitschaft zu bürgerlichem Engagement sinkt. In italienischen Regionen mit höherer Einkommensungleichheit, so belegen Scervini und Segatti (2012), ist die Wahlbeteiligung von Geringgebildeten besonders stark zurückgegangen, während sich die Beteiligung der Hochgebildeten kaum verändert hat, wodurch das Beteiligungsdifferenzial zwischen diesen Gruppen zunimmt. Schließlich belegt Faas (2012b) für 28 hessische Städte und Gemeinden sowohl für die Bundestagswahl 2009 als auch die Kommunalwahl 2011 einen negativen Zusammenhang zwischen dem örtlichen Anteil der Arbeitslosengeld II-Empfänger einerseits und der individuellen Wahlteilnahme andererseits. Sozio-ökonomische Unterschiede auf räumlicher Ebene beeinflussen, so zeigen diese Studien, das individuelle Partizipationsverhalten. Dieser Effekt ist vermutlich umso stärker, je größer die sozio-ökonomischen Unterschiede auf der Aggregatebene ausfallen, da sich Menschen in sozial segregierten Gebieten eher in Netzwerken mit ähnlichen Einstellungen aufhalten. Das bedeutet, dass sozial benachteiligte Menschen in der Familie, im Freundeskreis, unter Bekannten und im Wohnviertel vorwiegend auf Menschen treffen, die ebenfalls sozial benachteiligt sind. Dadurch verstärkt sich die Neigung, nicht am politischen Prozess teilzunehmen (Kleinhenz 1995, S. 187; Zuckerman 2007). Der soziale Kontext, in dem sich Individuen bewegen, wirkt auf ihre Einstellungen und ihr Verhalten zurück.

### 3 Methoden und Daten

Studien zu Wahlbeteiligung können Individual- oder Aggregatdaten nutzen. Die Stärke von Umfragedaten liegt darin, neben dem Wahlverhalten auch eine Vielzahl von politischen Einstellungen, Informationen über die politische Kommunikation während des Wahlkampfes oder die Einschätzung des Verhaltens anderer zu erheben. Aus diesen Angaben lässt sich relativ zuverlässig ableiten, welche Faktoren die Wahl einer bestimmten Partei begünstigen. Leider können in Umfragen Nichtwählerinnen und Nichtwähler aus zwei gegenläufigen Gründen nicht mit derselben Zuverlässigkeit ermittelt werden. Zum einen geben immer mehr Menschen an, gewählt zu haben (oder dies vorzuziehen), als tatsächlich zur Wahl gegangen sind (bzw. ihr Vorhaben dann auch verwirklichen) (Kleinhenz 1995, S. 75–80; Caballero 2014, S. 442–445; Selb und Munzert 2013). Insbesondere wer die Stimmabgabe als besonders wünschenswert erachtet, neigt zur Fehlauskunft. Studien, in denen das Antwortverhalten dem tatsächlichen Verhalten gegenüber gestellt werden kann, weisen nach, dass politisch Interessierte stärker zur Fehlauskunft neigen, sodass sich Wähler und Nichtwähler möglicherweise ähnlicher sind, als dies Umfragen nahe legen (Eilfort 1994, S. 138–147; Belli et al. 2001; Bernstein et al. 2001). Zum anderen hängt die Bereitschaft, an einer Befragung teilzunehmen, von Faktoren ab, die jenen sehr ähnlich sind, die über eine Wahlteilnahme entscheiden. Politisch wenig interessierte Bürgerinnen und Bürger nehmen seltener an Befragungen teil, was somit deren Ergebnisse verzerrt (Eilfort 1994, S. 135). Ebenso haben auch Nichtwähler eine niedrigere Bereitschaft, an Wahlumfragen teilzunehmen und sind deshalb in diesen unterrepräsentiert (Tourangeau et al. 2010). Selbst die besten Umfragen weisen häufig einen „Mittelschichtenbias“ auf. Dies wäre ein Problem, wenn sich Nichtwähler überproportional unter sozial benachteiligten Gruppen finden<sup>2</sup>.

Aggregatdatenanalysen haben diese Probleme mangelnder Repräsentativität oder bewusster Fehlauskünfte nicht. Im Gegenteil, die politischen Prozessdaten sind durch keinerlei Messfehler belastet. Ein zusätzlicher Vorteil der Aggregatsanalyse besteht darin, dass sie erlaubt, soziale Unterschiede nicht nur über das Einkommen zu ermitteln, sondern sie aufgrund der reichen Verfügbarkeit von Informationen zur sozialen und ökonomischen Struktur umfassend zu messen. Der Nachteil von ökologischen Daten liegt darin, keine zwingenden Rückschlüsse auf das individuelle Verhalten zuzulassen: Nur weil in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung geringer ausfällt, bedeutet dies nicht zwingend, dass Arbeitslose häufiger als Beschäftigte zu den Nichtwählern gehören (King 1997).

---

<sup>2</sup> Während Ansolabehere und Hersh (2012) der Fehlauskunft von Nichtwählerinnen und Nichtwählern größeres Gewicht als der Unterrepräsentation echter Nichtwählerinnen und Nichtwähler zusprechen, kritisieren Berent et al. (2011), dass die Validierung des Wahlverhaltens aufgrund fehlerhafter Wahlregister nicht gelingt, und schätzen das Ausmaß der Verzerrung durch mangelnde Repräsentativität von Umfragen höher ein als das durch fehlerhafte Selbstauskünfte der tatsächlich Befragten.

Aufgrund ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen haben wir uns entschlossen, sowohl Individualdaten- als auch Aggregatdaten hinsichtlich der Frage auszuwerten, welche Faktoren zur Nichtwahl führen. Im ersten Analyseteil werten wir die Daten der *German Longitudinal Election Study* (GLES) aus. Bei der Analyse räumlicher Daten fassen wir mithilfe einer Faktorenanalyse verschiedene Indikatoren der sozialen und ökonomischen Benachteiligung zu einem Deprivationsindex zusammen. Dazu zählen unter anderem die Arbeitslosenquote, das Ausmaß marginaler Beschäftigung, die Empfängerquote von Arbeitslosengeld I, aber auch die Geburtenrate von Müttern unter 20 Jahren, der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss oder die Kinderarmut (für mehr Information siehe Anhang B). Unsere Untersuchungseinheit sind die rund 400 Kreise und kreisfreie Städte. Dabei führen wir Informationen zur sozio-strukturellen und ökonomischen Situation der Kreise (Datenquelle: INKAR) mit offiziellen Wahlergebnissen (Datenquelle: Bundeswahlleiter) zusammen.<sup>3</sup>

Die Analyse erfolgt entsprechend in zwei Schritten. In einem ersten Schritt prüfen wir, von welchen Faktoren die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit abhängt. In einem zweiten Schritt untersuchen wir den Effekt sozialer Deprivation auf die Wahlbeteiligung auf Ebene der Kreise sowie in Abhängigkeit der Stärke der Parteien.

---

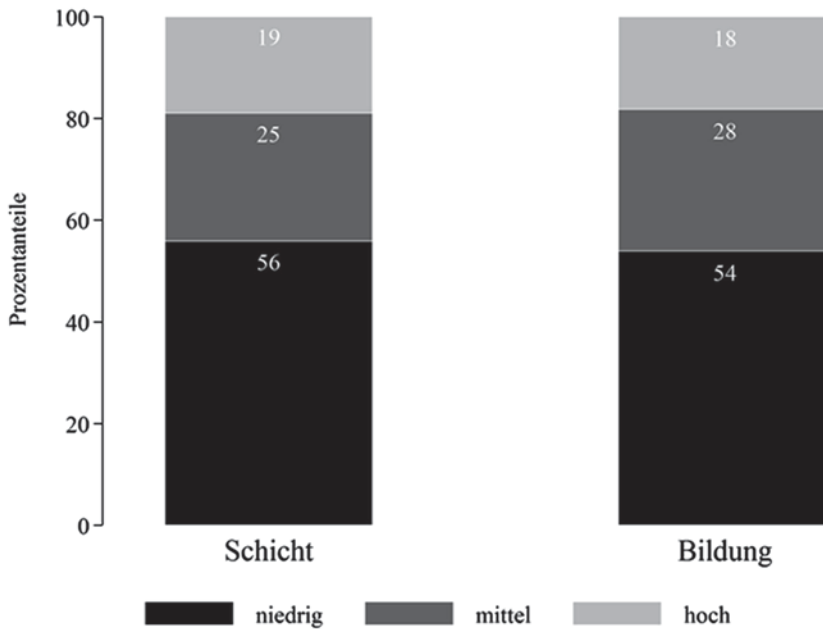
## 4 Analysen mit Individualdaten

Immer wieder wird in empirischen Analysen betont, die Beteiligungsunterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen seien gering (Kleinhenz 1995, S. 116; Topf 1995, S. 48; Norris 2002, S. 94–95; Przeworski 2010, S. 93), die soziale Struktur der Nichtwähler somit „unauffällig“ (Roth und Wüst 2007, S. 400) und die Motive der Nichtwahl ohnehin so vielfältig, dass die Wahlabstinenten eine ganz und gar heterogene Gruppe bildeten (Eilfort 1994, S. 54). Doch diesen – aus demokratietheoretischer Sicht beruhigenden – Befunden widersprechen sowohl die Auswertung von Umfragen aus den letzten 30 Jahren, die wachsende Unterschiede in der individuellen Wahlteilnahme sozialer Gruppen nachweist (Schäfer 2015), als auch Aggregatdatenanalysen, die einen engen Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Variablen einerseits und der Wahlbeteiligung andererseits finden (Hajnal und Trounstein 2005; Schäfer 2012; Schäfer und Roßteutscher 2015). Wir werten in diesem Abschnitt Umfragedaten aus, um zu prüfen, ob die These vom sozialstrukturell unauffälligen Nichtwähler zutrifft.

In einem ersten Schritt zeigen wir, aus welchen sozialen Gruppen sich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler rekrutieren, wobei sich das Augenmerk auf die subjektive Schichtzugehörigkeit, den Bildungsabschluss sowie das Einkommen richtet. Dabei werden Schicht und Bildung so gewichtet, dass drei gleichgroße Gruppen entstehen. Verteilte sich

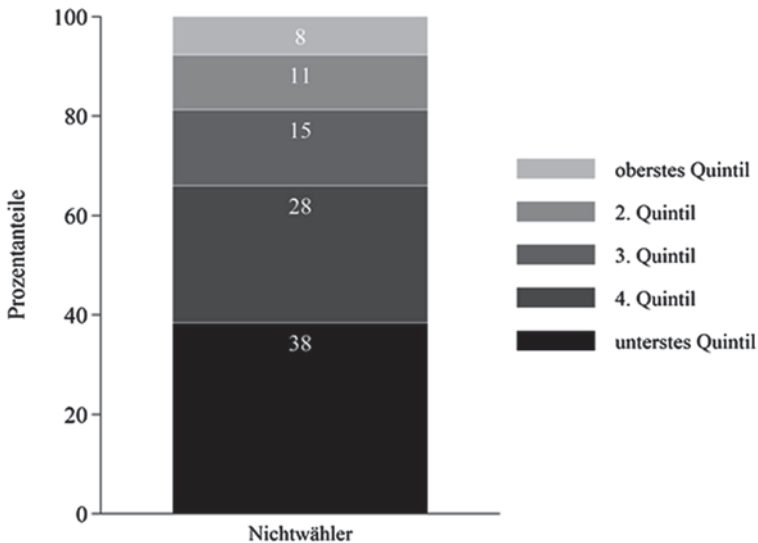
---

<sup>3</sup> [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/INKAR/inkar\\_node.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/INKAR/inkar_node.html). Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr, 2011; <http://www.bundeswahlleiter.de>. (Zugegriffen: 26. Mai 2015).



**Abb. 2** Nichtwähleranteile nach Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss. (*Anmerkungen:* Dargestellt ist, zu welchem Anteil sich die Nichtwähler aus den drei Gruppen rekrutieren. Die Schichtzugehörigkeit beruht auf der Selbsteinordnung der Befragten und fasst „Unter-“ und „Arbeiterschicht“ als *niedrig*, die untere Mittelschicht als *mittel* sowie „Mittel- und Oberschicht“ als *hoch* zusammen. Bei den Bildungsabschlüssen entsprechen „kein Abschluss“ und „Hauptschulabschluss“ einem *niedrigen* Bildungsgrad, „Mittlere Reife“ entspricht einem *mittleren* Niveau, und wer mindestens über Fachhochschulreife verfügt, wird als *hochgebildet* eingeordnet. Beide Kategorien werden so gewichtet, dass die Gruppen jeweils 33% ausmachen, damit unter- oder überproportionale Anteile unter den Nichtwählern deutlich werden. Verwendet wird die Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2013. Zur Variablenkonstruktion siehe Anhang A. Daten: Rattinger et al. (2014))

die Nichtwahlwahrscheinlichkeit über alle Gruppen gleich, müssten sie jeweils ein Drittel der Nichtwähler stellen. Doch Abb. 2 zeigt, dass wer sich selbst der „Unter-“ oder „Arbeiterschicht“ zurechnet, sehr viel häufiger nicht gewählt hat als etwa Angehörige höherer Schichten. Dasselbe Muster zeigt sich bei den Bildungsabschlüssen: Fast sechs von zehn Nichtwähler haben höchstens einen Hauptschulabschluss, wohingegen die Höhergebildeten sehr viel seltener angeben, nicht gewählt zu haben. Bei den Einkommensgruppen ist es nicht notwendig, eine gesonderte Gewichtung vorzunehmen, da die Befragten nach der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens in fünf gleichgroße Gruppen eingeteilt werden. Bei einer zufälligen Verteilung der Wahlabsinenten müssten alle Einkommensgruppen jeweils 20% der Nichtwähler stellen – doch auch hier ist ein klares Muster erkennbar, bei dem mit höherem Einkommen der Anteil der Befragten abnimmt, die angeben, nicht gewählt zu haben (Abb. 3). Die untersten vierzig Prozent stellen über 60% der Nichtwähler, die beiden höchsten Einkommensquintile zusammen dagegen weniger als 20%. Der typische Nichtwähler hat sehr viel häufiger, so lassen sich die Befunde zusammenfassen,



**Abb. 3** Nichtwähleranteile nach Einkommensfünftel. (*Anmerkungen:* Das Einkommen ist das mit der Quadratwurzel der Anzahl im Haushalt lebender Personen gewichtete Haushaltsnettoeinkommen, d. h., das nach Steuern, Abgaben und Transfers verbleibende Einkommen. Zur Variablenkonstruktion siehe Anhang A. Daten: Rattinger et al. (2014))

einen niedrigen Schulabschluss, ein unterdurchschnittliches Einkommen und ordnet sich bei der subjektiven Schichtzugehörigkeit niedrigen Schichten zu. Am anderen Ende der Verteilung finden sich nur wenige selbsterklärte Nichtwählerinnen und Nichtwähler.

Um zu prüfen, auf welche Faktoren dieses Gefälle in der Wahlbereitschaft zurückzuführen ist, werden im zweiten Schritt drei multivariate Modelle verglichen, die die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2013 schätzen. Aus der Literatur lässt sich kein einheitliches „Standardmodell“ der individuellen Wahlteilnahme ableiten, wie die Metastudie von Smets und van Hams (2013) zeigt. Aber verschiedene Studien, die die Wahlteilnahme bei Bundestagswahlen erklären wollen, kommen doch immer wieder auf einen übereinstimmenden Kern von Erklärungsfaktoren zurück. So hebt Armingeon (1994) das politische Interesse, Unzufriedenheit sowie die Parteiidentifikation hervor. Kleinhenz (1995, S. 111–112) findet signifikante Effekte einerseits von den soziologischen Variablen Alter, Bildung und Kirchenganghäufigkeit sowie andererseits von den sozialpsychologischen Faktoren Parteienverdrossenheit, der Parteiidentifikation sowie der Akzeptanz der Wahlnorm (Kleinhenz 1995, S. 199). Eine ähnliche Kombination von erklärungskräftigen Faktoren zeigt sich auch bei Falter und Schumann (1994, S. 207–208), die Alter, Bildung und Status einerseits sowie als „mentale Korrelate“ schwaches politisches Interesse, geringe Informiertheit, politische Entfremdung sowie geringes Vertrauen in die Parteien. Faas und Rattinger (2003) konzentrieren sich in ihrer Untersuchung auf die soziale Integration als Erklärungsfaktor des Wahlverhaltens und finden, dass schlecht integrierte Gruppen wie etwa Arbeitslose eher zur Nichtwahl neigen. Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit



keit als Erklärungsfaktor verringert sich allerdings durch den Einschluss weiterer Variablen, wie Faas (2010a, S. 379) in einer späteren Studie zeigt. Absorbiert wird deren Effekt durch das politische Interesse, die Demokratiezufriedenheit sowie die Parteiidentifikation. Neben diesen immer wieder bestätigten Erklärungsvariablen wirkt sich die politische Mobilisierung durch die Parteien auch unter Einschluss einer Fülle anderer Variablen positiv auf die Wahlteilnahme aus (Faas 2010b, S. 84). Schließlich heben auch Steinbrecher und Rattinger (2011, S. 85, Tab. 2) die hohe Erklärungskraft sozialpsychologischer Faktoren hervor. Erneut sind es das politische Interesse, die Parteiidentifikation, die Akzeptanz der Wahlnorm sowie der Grad, mit dem Befragte mit einer Partei sympathisieren, die die Wahlteilnahme erklären. Auch interne und externe Wirksamkeit (*efficacy*) wirken sich positiv auf die individuelle Wahlbereitschaft aus. Im Gegensatz dazu tragen soziodemografische Faktoren – wie Alter, Geschlecht und Bildung – kaum etwas zur Varianzaufklärung bei.<sup>4</sup>

Aus diesen Studien lassen sich vier zentrale Einstellungen ableiten, die in jedem Modell zur Wahlbeteiligung enthalten sein sollten: Akzeptanz der Wahlnorm, politisches Interesse, Parteiidentifikation sowie die Demokratiezufriedenheit.<sup>5</sup> Mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft, aber auch durch die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sowie der Frage, ob eine Person in einer Partnerschaft lebt, wird die soziale Integration erfasst, während Alter, Geschlecht, Bildung und das Einkommen sozioökonomische Basisfaktoren darstellen. Unser erstes Modell in Tab. 1 schließt nur die demografischen Variablen ein. Die Ergebnisse entsprechen dem, was auch aus anderen Analysen bekannt ist: Männer wählen mit einer etwas höheren Wahrscheinlichkeit als Frauen, und es besteht ein nichtlinearer Zusammenhang zwischen dem Alter und der Wahlteilnahme, da diese im Zeitverlauf erst zunimmt, sich dann aber leicht abschwächt. Wer in einer Partnerschaft lebt, weist jedoch keine signifikant andere Wahlwahrscheinlichkeit als Singles auf. Wie erwartet erhöhen individuelle Ressourcen wie der Bildungsgrad und das Einkommen die Wahlwahrscheinlichkeit. Wer mindestens über Fachhochschulreife verfügt, dessen geschätzte Wahlteilnahme liegt 20 Prozentpunkte über der von Befragten mit höchstens Hauptschulabschluss.

Das zweite Modell schließt zusätzlich die Gewerkschafts- und Kirchenmitgliedschaft ein, die jedoch statistisch insignifikant sind und die Erklärungskraft des Gesamtmodells nicht nennenswert erhöhen. Schließlich werden im dritten Modell in Tab. 1 die vier oben genannten Einstellungsvariablen einbezogen. Berücksichtigt man diese Variablen, verschwindet der Unterschied zwischen Männern und Frauen, und auch zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss besteht kein signifikanter Unterschied mehr. Ein hoher Bildungsabschluss sowie höheres Einkommen üben allerdings weiterhin einen nicht-zufälligen Effekt auf die Wahlbereitschaft aus. Daneben wirken sich Parteiidentifikation, politisches Interesse sowie die Akzeptanz der Wahlnorm positiv auf die

---

<sup>4</sup> Daneben lassen sich noch das politische Kommunikationsverhalten und die Medienrezeption (z. B. bei Schmitt-Beck und Mackenrodt 2010; Partheymüller und Schmitt-Beck 2012) als weitere Faktoren nennen, die jedoch in diesem Kapitel nicht behandelt werden.

<sup>5</sup> Die interne und externe Wirksamkeit wird in dem im Folgenden verwendeten Datensatz nicht erhoben und kann daher nicht eingeschlossen werden.

**Tab. 1** Determinanten der individuellen Wahlbeteiligung 2013 (binär logistische Regressionen)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht (RK: weiblich)	0.58** (0.20)	0.54** (0.21)	0.42 (0.26)
Alter	0.14*** (0.03)	0.14*** (0.03)	0.16*** (0.04)
Alter quadr	-0.00** (0.00)	-0.00** (0.00)	-0.00*** (0.00)
In Partnerschaft (0=nein; 1=ja)	0.17 (0.20)	0.16 (0.20)	-0.17 (0.25)
Bildungsgrad (RK: kein Abschluss oder Hauptschulabschluss)			
<i>Mittlere Reife</i>	0.55* (0.24)	0.51* (0.25)	0.20 (0.26)
<i>Fach- oder Hochschulreife</i>	1.88*** (0.35)	1.82*** (0.35)	0.93* (0.41)
Einkommen (log.)	0.95*** (0.20)	0.91*** (0.21)	0.97*** (0.29)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)		0.20 (0.34)	-0.23 (0.38)
Kirchenmitglied (0=nein; 1=ja)		0.47 (0.30)	0.16 (0.33)
Wahlnorm (1–5)			0.72*** (0.08)
Politisches Interesse (1–5)			0.70*** (0.16)
Parteiidentifikation (0=nein; 1=ja)			1.02*** (0.24)
Demokratiezufriedenheit (1–5)			0.14 (0.13)
Konstante	-4.56*** (0.88)	-4.58*** (0.89)	-9.24*** (1.27)
Pseudo-R2	0.167	0.170	0.401
N	1383	1379	1379

Angegeben sind Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Alle Modelle enthalten Dummy-Variablen für die Bundesländer, die jedoch nicht eigens aufgeführt werden. Zur Variablenkonstruktion siehe Anhang A. Daten: Rattinger et al. (2014)

\* $p < 0.05$ , \*\* $p < 0.01$ , \*\*\* $p < 0.001$

Wahlbereitschaft aus, wohingegen die Demokratiezufriedenheit keinen signifikanten Effekt hat. Der Erklärungswert des dritten Modells liegt, wie das Bestimmtheitsmaß zeigt, deutlich höher, wodurch bestätigt wird, dass sozialpsychologische Variablen besonders gut geeignet sind, das Wahlverhalten zu erklären.

Wie die bisherigen Analysen zeigen, haben sich ressourcenschwache sehr viel häufiger als ressourcenstarke Personengruppen dafür entschieden, nicht an der Bundestagswahl

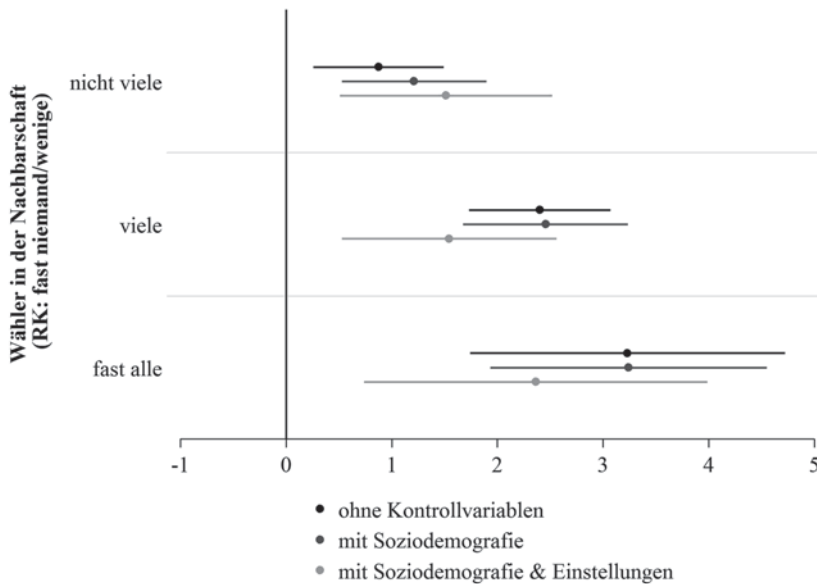
2013 teilzunehmen, die Wahlwahrscheinlichkeit ist eindeutig nicht gleichmäßig verteilt. Wer über ein hohes Einkommen oder einen hohen Bildungsabschluss verfügt, wählt mit sehr viel höherer Wahrscheinlichkeit als jemand mit niedrigem Einkommen oder Bildungsabschluss. Berechnet man auf Grundlage des dritten Modells in Tab. 1 für Befragte aus dem untersten und aus dem obersten Einkommensfünftel die Wahrscheinlichkeit zu wählen, liegen sieben Prozentpunkte zwischen ihnen – selbst wenn unterstellt wird, sie unterschieden sich sonst nicht – im Ausgangsmodell sind es sogar 12 Prozentpunkte. Hochgebildete weisen in allen Modellen sogar eine 17 Prozentpunkte höhere Wahlwahrscheinlichkeit auf als Niedriggebildete. Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind soziodemografisch nicht mit der Gesamtbevölkerung deckungsgleich, sondern weichen nach einem klar benennbaren Muster ab. Beteiligungsunterschiede lassen sich nicht vollständig auf unterschiedliche Einstellungen reduzieren, sondern das verfügbare Einkommen und die Bildung üben einen davon unabhängigen, zusätzlichen Effekt aus.<sup>6</sup>

In einem weiteren Schritt lässt sich etwas über die „Ansteckungswege“ einer geringen Beteiligung aussagen. Denn der soziologische Ansatz der Wahlforschung legt besonderes Augenmerk darauf, wie sich Einstellungen innerhalb von Gruppen herausbilden. Homogene Beziehungen verstärken die eigene Meinung, während Netzwerke, in denen widerstreitende Normen herrschen, zur Verunsicherung führen können. Status- und Einstellungsähnlichkeit erhöhen die Wahrscheinlichkeit, Teil desselben Netzwerks zu sein (im Überblick McPherson et al. 2001). Dies führt dazu, dass diejenigen mit geringer Wahlneigung auch in der Familie und im Freundeskreis, unter Bekannten und im Wohnviertel häufiger auf andere treffen, die zur Nichtwahl neigen (Kleinhenz 1995, S. 187). Wenn die Einstellungen und das Verhalten anderer das eigene Denken und Handeln beeinflussen, entsteht eine „soziale Logik“ (Zuckerman 2007) politischen Handelns, in der die Entscheidung für oder gegen das Wählen durch das Verhalten anderer verstärkt wird (Partheymüller und Schmitt-Beck 2012).

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 wurde neben der individuellen Wahlabsicht auch die Einschätzung abgefragt, wie viele Bürgerinnen und Bürger aus der eigenen Nachbarschaft wählen werden. In der Gruppe, die angab, in ihrer Nachbarschaft wähle „fast niemand“ oder wählten nur „wenige“, äußern 53 % die Absicht zu wählen. Dieser Wert steigt auf 88 %, wenn „viele“ Nachbarn wählen, und auf 93 %, wenn die Einschätzung lautet, dass „fast alle“ von ihnen wählen. Die Ursache kann in einer ausgeprägten räumlichen Segregation liegen, die Menschen mit ähnlicher Partizipationsneigung zusammenführt. Dennoch stellt sich die Frage, ob unabhängig von anderen individuellen Merkmalen die Einschätzung des Verhaltens der anderen sich auf die Wahlteilnahme auswirkt. In Abb. 4 werden drei Modelle verglichen, die den Nachbarschaftseffekt ohne Kontrollvariablen, nur mit soziodemografischen und schließlich zusätzlich auch mit Einstellungsvariablen testen. Das wahrgenommene Wahlverhalten in der Nachbarschaft, so zeigt sich, übt einen signifikanten

---

<sup>6</sup> Unsere Analysen streben kein vollständiges Modell der Wahlteilnahme an, sondern zeigen, dass im Gegensatz zu früheren Darstellungen, die sozioökonomischen Beteiligungsunterschiede und damit die Relevanz der entsprechenden Variablen zugenommen hat.



**Abb. 4** : Der Effekt des Wahlverhaltens in der Nachbarschaft auf die individuelle Wahlabsicht. (*Anmerkung*: Dargestellt sind die Logit-Koeffizienten sowie die 95%-Konfidenzintervalle eines logistischen Regressionsmodells, das die Wahlabsicht im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 schätzt. Die anderen Variablen sind mit denen in Tab. 1 identisch. Zur Variablenkonstruktion siehe Anhang A. Daten: Rattinger et al. (2014), Vorwahlbefragung)

Effekt auf das eigene Verhalten aus, selbst wenn eine ganze Fülle von Individualmerkmalen beachtet wird. Wer von seiner Nachbarschaft sagt, dass „fast alle“ dort wählen, beabsichtigt unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen, aber auch vom politischen Interesse, der Akzeptanz der Wahlnorm, der Demokratiezufriedenheit oder der Parteiidentifikation mit höherer Wahrscheinlichkeit, auch selbst zu wählen. Dies legt nahe, dass soziale Segregation die Beteiligungsunterschiede bei Wahlen weiter vergrößert. Je unterschiedlicher die soziale Lage ist, desto weiter klafft die Bereitschaft zu wählen auseinander.<sup>7</sup>

## 5 Analyse mit Aggregatsdaten

Unsere zentrale unabhängige Variable in diesem Analyseschritt ist der Index „soziale Deprivation“, der sich aus den Variablen Arbeitslosenquote, marginale Beschäftigung, Empfängerquote von Arbeitslosengeld I, Geburtenrate von Müttern unter 20 Jahren, der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss oder Kinderarmut zusammensetzt (siehe *Anhang B*).

<sup>7</sup> Mit diesen Ergebnissen ist natürlich auch die Projizierung von Verhaltensannahmen auf die Umwelt nach eigener, bereits fixierter Wahlneigung vereinbar. M.a.W., wer zur Wahl gehen oder ihr fernbleiben will, vermutet auch möglicherweise eine größere Zahl jeweils Gleichgesinnter in seiner Umgebung.

**Abb. 5** Geografische Verteilung von sozialer Deprivation und Arbeitslosigkeit in Deutschland. (*Anmerkungen:* Siehe Abb. 1)

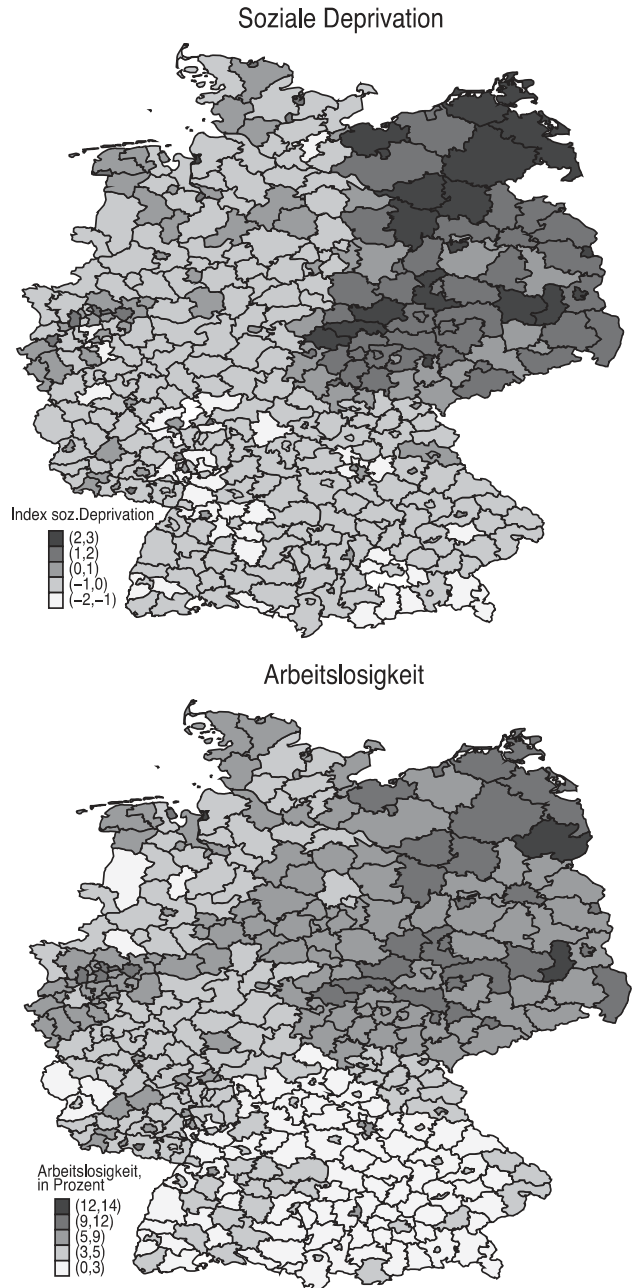


Abbildung 5 verdeutlicht die geografische Verteilung der sozialen Deprivation und der Arbeitslosigkeit in den Kreisen und kreisfreien Städten. Betrachten wir den oberen Teils der Abbildung, erkennen wir eine Konzentration der Deprivation in Ostdeutschland. Besonders stark benachteiligte Kreise liegen ausschließlich im Nordosten Deutschlands.

Aber auch einige Kreise in den Stadtstaaten oder im Ruhrgebiet wie zum Beispiel Bremerhaven, Berlin oder Gelsenkirchen zeichnen sich durch eine Konzentration verschiedener Faktoren sozialer Benachteiligung aus. Die Kreise mit der geringsten Deprivation liegen hingegen alle im Süden des Landes: in Bayern (München, Starnberg), Hessen (Hochtaunuskreis, Main-Taunuskreis) oder Baden-Württemberg (Baden-Baden).

Gleichzeitig zeigt die Abbildung, dass unser Indikator der sozialen Deprivation nicht deckungsgleich mit der Arbeitslosigkeit ist, die häufig als Indikator für soziale Benachteiligung auf Individual- wie auch Aggregatsebene verwendet wird (Faas und Rattinger 2003). Zwar ist die Arbeitslosigkeit auch in den Kreisen und kreisfreien Städten im Osten über- und im Süden unterdurchschnittlich, doch die Unterschiede in der Arbeitslosenquote fallen geringer aus als die des Deprivationsindex. Dies zeigt, dass die verschiedenen Indikatoren sozialer Benachteiligung *clustern* und sich zu strukturschwachen „Mehrproblem-Gebieten“ verdichten.

Aus der Beobachtung dieser Unterschiede leitet sich die Forschungsfrage ab: Wie stark korrelieren soziale Deprivation und die Höhe der Wahlbeteiligung? Wir nutzen zur Beantwortung dieser Frage zunächst unseren Indexwert, überprüfen unsere Befunde aber auch anhand derjenigen Indikatoren sozialer Benachteiligung, die sich in der Faktoranalyse als besonders aussagekräftig erwiesen haben: die Arbeitslosenrate, das Steuereinkommen der Gemeinde als Messung für ihren Wohlstand<sup>8</sup> und die demografische Struktur des Kreises anhand des Bevölkerungsanteils an über 65- bzw. über 85-Jährigen.

Um systematische Verzerrungen zwischen den Bundesländern und insbesondere zwischen Ost und West auszuschließen, kontrollieren alle Modelle in Tab. 2 das Bundesland des Kreises. Weiter kontrollieren wir die Kompetitivität der Wahl auf Kreisebene anhand der Differenz in den Stimmanteilen zwischen der ersten und der zweiten Partei. Knappe Wahlresultate gehen häufig einher mit höherer Wahlbeteiligung, da Parteien in diesen Gebieten einen besonders intensiven Wahlkampf führen und die Bedeutung des eigenen Wahlgangs in der subjektiven Wahrnehmung des Wählers steigt. Zusätzliche Erklärungsvariablen sind die Siedlungsstruktur (ländliche Region, Region mit Verstärkungstendenz und städtische Region) sowie die demografische Struktur des Kreises gemessen anhand des Anteils an 50 bis 65-Jährigen.

Ein zweites Set an Modellen untersucht, ob sich soziale Deprivation auch dann negativ auf die Wahlbeteiligung auswirkt, wenn man die Stärke der Parteien in den jeweiligen Kreisen berücksichtigt, und ob der Zusammenhang zwischen sozialer Deprivation und Wahlbeteiligung durch die Parteienstärke verändert wird. Die zugrundeliegende Überlegung lautet, dass Parteien während des Wahlkampfs bestimmte Wählergruppen gezielt ansprechen und zur Wahl mobilisieren. Das Mobilisierungspotential der Parteien auf sozial benachteiligte Gruppen unterscheidet sich jedoch stark. So sind linke Parteien erfolgreicher in der Mobilisierung solcher Gruppen (Anderson und Beramendi 2012). Aus diesem Grund kontrollieren wir in *Modell 2* nicht nur die Stärke der drei größten Parteien CDU/CSU, SPD und die Linke, sondern prüfen in den *Modellen 3a-c*, ob der Effekt sozialer Deprivation direkt von der Stärke der drei Parteien abhängt.

<sup>8</sup> Direkte Indikatoren zur Messung des Durchschnittseinkommens o.ä. sind leider nicht verfügbar.

**Tab. 2** Wahlbeteiligung auf Kreisebene (lineare Regressionen)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3a	Modell 3b	Modell 3c
Deprivations-Index	-4.27*** (0.23)	-3.87*** (0.25)	-3.81*** (0.68)	-5.16*** (0.33)	-3.21*** (1.02)
Kompetitivität der Wahl	0.00 (0.01)	0.25 (0.16)	0.06* (0.04)	0.04** (0.02)	-0.11* (0.06)
Einwohner 50 bis 64 Jahre	-0.26*** (0.09)	-0.11 (0.12)	-0.20* (0.10)	-0.35*** (0.09)	-0.10 (0.12)
Siedlungsstruktur: <i>Städtische Region (R.K)</i>					
<i>Region mit</i>	-0.41	-0.10	-0.31	-0.21	-0.25
<i>Verstädterungstrend</i>	(0.36)	(0.36)	(0.36)	(0.35)	(0.36)
<i>Ländliche Region</i>	-1.23*** (0.41)	-0.76* (0.43)	-1.12*** (0.42)	-0.82** (0.41)	-1.07** (0.42)
Stimmen Union		0.05 (0.16)			-0.20* (0.10)
Stimmen SPD		-0.42*** (0.16)	-0.13* (0.08)		
Stimmen Linke		-0.52*** (0.16)		-0.34*** (0.12)	
Index*Stimmen SPD			-0.02 (0.02)		
Index*Stimmen Linke				0.12*** (0.03)	
Index*Stimmen					-0.03 (0.02)
CDU/CSU					
Konstante	77.75*** (1.92)	90.38*** (3.79)	81.25*** (2.67)	81.31*** (2.12)	81.25*** (2.74)
R <sup>2</sup>	0.72	0.73	0.72	0.73	0.72
N	402	402	402	402	402

\* $p < 0.10$ , \*\* $p < 0.05$ , \*\*\* $p < 0.01$

Angegeben sind Koeffizienten von linearen Regressionen mit Standardfehlern in Klammern. Alle Modelle enthalten Dummy-Variablen für die Bundesländer, die jedoch nicht eigens aufgeführt werden. Datenquelle: Inkar ([www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)) und [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)

Unsere Ergebnisse stehen im Einklang mit denjenigen der Individualdatenanalyse. Auch auf Ebene der Kreise finden wir, dass sozioökonomische Faktoren die Höhe der Wahlbeteiligung beeinflussen: In Kreisen, die auf dem Index sozialer Deprivation hohe Werte aufweisen, liegt die Wahlbeteiligung niedriger als in Kreisen, die sozial und ökonomisch gut gestellt sind. Dieses Ergebnis zeigt sich unabhängig davon, ob wir die Kompetitivität der Wahl, die demografische Struktur, die Siedlungsstruktur und Eigenheiten der Bundesländer kontrollieren (*Modell 1*), ebenso wie von der zusätzlichen Kontrolle des Stimmenanteils der drei stärksten Parteien (*Modell 2*).

Erwähnenswert sind außerdem die Effekte der politischen Variablen: Eine knappe Wahl auf Kreisebene, gemessen durch die Differenz der Stimmenanteile zwischen der ersten und zweiten Partei, erhöht die Wahlbeteiligung. Diese These des *Rational Choice*-Ansatzes der Wahlforschung (Downs 1957; Riker und Ordeshook 1968) bestätigt sich also auch auf Ebene der Kreise und zwar unabhängig vom Ausgang der Gesamtwahl, das ja für alle Kreise identisch ist. Ebenso ist aus der US-Wahlforschung bekannt, dass Parteien ihre Mobilisierungsanstrengungen auf „Swing-Kreise“ fokussieren, deren Ausgang unklar ist, während Kreise mit einem erwarteten eindeutigen Wahlausgang nicht im Zentrum der Wahlkampagne stehen (Caldeira et al. 1985; Cox und Munger 1989).

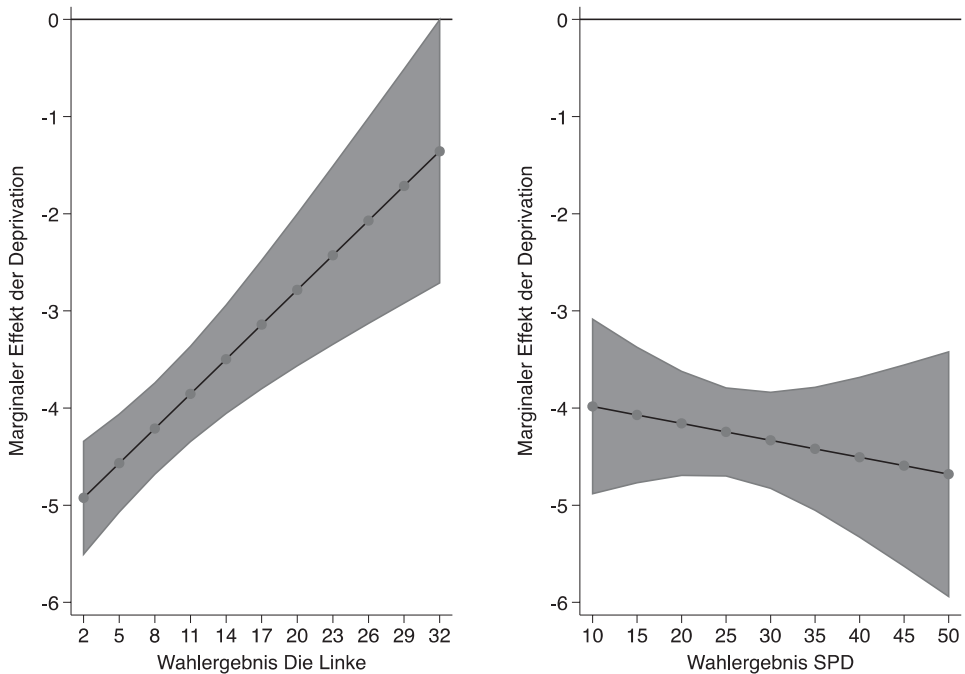
Ein hohes Wahlergebnis der Unionsparteien auf Kreisebene geht mit einer hohen Wahlbeteiligung einher (wenn auch der Zusammenhang nicht konventionellen Signifikanzniveaus entspricht), während ein erfolgreiches Abschneiden der beiden linken Parteien SPD und Die Linke mit einer niedrigeren Wahlbeteiligung assoziiert ist. Eine detaillierte Untersuchung der Kausalrichtung dieses Zusammenhangs liegt außerhalb der Reichweite des vorliegenden Kapitels, es geht jedoch um das Zusammenwirken zweier – in ihrer Wirkungsrichtung gegenläufigen – Effekte: Linke Parteien sollten einerseits von einer hohen Wahlbeteiligung profitieren, weil sozioökonomische Beteiligungsunterschiede geringer ausfallen, wenn die durchschnittliche Beteiligung hoch ist (Lijphart 1997; Schäfer 2012). Gleichzeitig sind linke Parteien besonders erfolgreich in der Mobilisierung von sozial benachteiligten Gruppen, wodurch ein starkes Ergebnis einer linken Partei insbesondere in denjenigen Gebieten zu erwarten ist, in denen die sozio-ökonomischen Faktoren für eine geringe Wahlbeteiligung sorgen (Anderson und Beramendi 2012).<sup>9</sup> So kann es sein, dass auf Ebene der Kreise linke Parteien in strukturschwachen Kreisen mit entsprechend geringer Wahlbeteiligung besonders gute Ergebnisse erzielen, eine bundesweit niedrige Wahlbeteiligung den linken Parteien jedoch schadet.

Entsprechend lässt sich erwarten, dass der Effekt sozialer Deprivation auf die Wahlbeteiligung in den Kreisen schwächer sein sollte, je stärker linke Parteien abschneiden. Diese Erwartungen überprüfen wir in Modell 3. *Modell 3a* zeigt die Ergebnisse der Interaktion zwischen dem Stimmenanteil der Sozialdemokratischen Partei und dem Deprivationsindex, *Modell 3b* die Ergebnisse der Interaktion zwischen dem Index und dem Stimmenanteil der Linkspartei und *Modell 3c* verweist schließlich auf die Interaktion mit dem Stimmenanteil der Unionsparteien. Wir sehen, dass nur die Partei Die Linke von sich behaupten kann, den Einfluss sozialer Deprivation abzuschwächen: In Kreisen, in welchen die Linkspartei ein überdurchschnittlich gutes Wahlergebnis erzielt, wirkt sich Deprivation weniger stark auf die Wahlbeteiligung aus. Die SPD kann dies ebenso wenig wie die Unionsparteien für sich in Anspruch nehmen (*Modell 3b*).

Abbildung 6 verdeutlicht den Unterschied im Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und Wahlbeteiligung in Abhängigkeit des Wahlerfolgs der beiden Mitte-

<sup>9</sup> Aufschlussreich sind auch die Ergebnisse der Interaktion mit dem Stimmenanteil der FDP: Wie erwartet und entsprechend dem Parteienprofil als eine Partei von Gutverdienern profitiert die FDP von einer hohen Wahlbeteiligung in privilegierten Regionen, aber nicht in durchschnittlichen oder sogar benachteiligten Kreisen (Resultate nicht gezeigt).





**Abb. 6** Grafische Darstellung der Interaktion zwischen Wahlerfolg der Linken und der SPD und dem durchschnittlichen Effekt der Deprivation auf Wahlbeteiligung. (*Anmerkungen:* Eigene Darstellung, Daten: Inkar und Bundeswahlleiter)

links-Parteien. Die Abbildung zeigt den marginalen Effekt von sozialer Deprivation auf die Wahlbeteiligung bei steigendem Wahlerfolg der Partei Die Linke (links) und der SPD (rechts): Während sich der negative Deprivations-Effekt bei steigendem Wahlerfolg der Linkspartei abschwächt, wirkt sich soziale Deprivation etwas stärker aus, wo die SPD besser abschneidet.<sup>10</sup>

Im letzten Schritt analysieren wir einzelne Komponenten unseres Index sozialer Deprivation, ohne jedoch die Ergebnisse einzeln in Tabellen auszuweisen. Dabei bestätigen sich die bisherigen Befunde. So reduziert eine hohe Arbeitslosenquote die Wahlbeteiligung. Wiederum erweisen sich die Ergebnisse als robust, wenn wir die Bundesländer, Ost-West Unterschiede, die Kompetitivität der Wahl, die Siedlungs- oder demografische Struktur des Kreises sowie die Stärke der Parteien kontrollieren. Auch der schwächere Effekt von sozialer Benachteiligung bei starken Wahlergebnissen der Linkspartei wird bestätigt. Im Gegensatz zur vorherigen Analyse finden wir jedoch, dass der negative Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung bei guten SPD-Ergebnissen

<sup>10</sup> Die Ergebnisse sind von hoher sozialpolitischer Bedeutung, da die Bereitschaft von Regierungen, soziale und ökonomische Ungleichheit zu bekämpfen, vom Ausmaß der Wahlbeteiligung abhängt (Kenworthy und Pontusson 2005) und sich linke Parteien stärker für Umverteilung einsetzen, wenn die Wahlbeteiligung höher ist (Pontusson und Rueda 2010).

schwächer wird. Es scheint, als würde es der Arbeiterpartei SPD leichter fallen, Arbeitslose – als Teil der erwerbstätigen Bevölkerung – zu mobilisieren, als potentielle Wähler in sozialschwachen Mehrproblem-Regionen anzusprechen.

Einen positiven, wenn auch vergleichsweise schwachen Effekt weist die Höhe der Einkommensteuer eines Kreises auf die Wahlbeteiligung aus. Dabei zeigt sich dieser Effekt umso stärker, je besser die CDU oder die CSU abschneidet, was angesichts des soziostrukturellen Profils der Unionsparteien nicht erstaunt. Schließlich verringert ein hoher Anteil an über-65- und über-85-Jährigen die Wahlbeteiligung. Da dieser Effekt unabhängig von der Parteienstärke ist, scheint es keine Parteien zu geben, die besonders erfolgreich in der Mobilisierung von Hochbetagten oder Pensionierten sind.

---

## 6 Zusammenfassung

Wir haben in diesem Beitrag die Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl von 2013 sowohl mit Individualdaten als auch mit regionalen Aggregatdaten untersucht. Unsere Ergebnisse bestätigen die ausgeprägte soziale Determiniertheit der Wahlbeteiligung. Die Kombination aus Individual- und Aggregatdaten mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen lässt wenig Zweifel an der Robustheit unserer Ergebnisse zu. Die Gruppe der Nichtwähler ist alles andere als sozial „unauffällig“, vielmehr verringern niedriges Einkommen und niedrige Bildung die Wahrscheinlichkeit, an der Wahl teilzunehmen – und zwar selbst dann, wenn eine ganze Reihe von sozialpsychologischen Faktoren berücksichtigt werden. Auch die Wahrnehmung, in einer Nachbarschaft mit vielen anderen Nichtwählerinnen und Nichtwählern zu leben, übt einen negativen Effekt auf die eigene Wahlbereitschaft aus. Auf der Ebene der 400 Kreise und kreisfreien Städte zeigt sich ebenfalls der negative Effekt von sozialer Deprivation auf die Wahlbeteiligung: Dort, wo sich soziale Probleme verdichten, fällt die Wahlbeteiligung deutlich niedriger aus. Damit bestätigen sich die Befunde, die Schäfer und Roßteutscher (2015) für ausgewählte Großstädte und Stimmbezirke finden, auch für das gesamte Bundesgebiet: Mithilfe sozio-ökonomischer Faktoren lässt sich relativ zuverlässig vorhersagen, wo die Wahlbeteiligung hoch und wo sie niedrig ausfällt.

---

## Anhang

### A) Fragetexte und Variablenkonstruktion der Individualdatenanalysen

Die Auswertungen stützen sich auf die Vor- und Nachwahlbefragung der GLES zur Bundestagswahl 2013. Siehe Rattinger et al. (2014).

*Wahlabsicht* Frage: Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu ihre Stimme abzugeben oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen.

Wähler sind diejenigen, die angaben, sie würden „bestimmt“ und „wahrscheinlich zur Wahl zu gehen“ sowie diejenigen, die bereits per Briefwahl ihre Stimme abgegeben haben.

Nichtwähler geben an „wahrscheinlich nicht“ oder „bestimmt nicht zur Wahl gehen“ zu wollen. Wer „vielleicht“ angab, wurde aus der Analyse ausgeschlossen.

*Rück Erinnerung Wahlbeteiligung* Frage: Bei der Bundestagswahl am 22. September kamen viele Bürger nicht dazu, ihre Stimme abzugeben oder nahmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Wie war es bei Ihnen: Haben Sie gewählt oder haben Sie nicht gewählt?

1 = ja, ich habe gewählt. 0 = nein, habe nicht gewählt.

*Alter* Alter in Jahren

*Familienstand* Frage: Welchen Familienstand haben Sie?

Wer dauerhaft mit einer anderen Person zusammenlebt, wurde mit 1 kodiert, sonst 0.

*Bildung* Frage: Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

1 = Schule beendet ohne Abschluss oder Hauptschulabschluss, Volksschulabschluss, Abschluss der polytechnischen Oberschule 8. oder 9. Klasse.

2 = Realschulabschluss, Mittlere Reife, Fachschulreife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule 10.

3 = Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.) oder Abitur bzw. erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife).

*Subjektive Schichtzugehörigkeit* Frage: Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst zu. Bitte nennen Sie mir die zutreffende Ziffer von dieser Liste.

1 = Unter- und Arbeiterschicht

2 = Untere Mittelschicht

3 = Mittlere und obere Mittelschicht sowie Oberschicht

*Haushaltseinkommen* Frage: Wie hoch ist das monatliche Netto-Einkommen IHRES HAUSHALTES INSGESAMT? Ich meine dabei die Summe, die nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen übrig bleibt. Bitte ordnen Sie Ihr Haushaltseinkommen in die Kategorien der Liste ein und nennen mir den Buchstaben.

Hier stehen 13 Kategorien zur Verfügung. Das Einkommen wurde durch die Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt, um das individuelle Einkommen zu errechnen.

*Gewerkschaftsmitgliedschaft* Frage: Schauen Sie sich bitte einmal diese Liste an. Sind Sie persönlich in einer dieser Organisationen Mitglied? Gehen Sie bitte diese Liste durch und sagen Sie mir, wo Sie Mitglied sind. Sagen Sie mir jeweils dazu, ob Sie nur passives

Mitglied sind, ob Sie sich an den Aktivitäten des Vereins bzw. der Organisation beteiligen und ob Sie ein Amt ausüben?

1 = ja, bin Mitglied und übe ein Amt, eine Funktion aus; ja, bin Mitglied, übe kein Amt aus, beteilige mich aber aktiv; ja, bin passives Mitglied.

0 = nein, bin nicht Mitglied.

*Kirchenmitglied/religiöse Gruppe* Analoge Vorgehensweise zur vorherigen Frage.

*Akzeptanz der Wahlnorm* Frage: Jetzt möchte ich gerne Ihre Meinung zu einigen allgemeinen Aussagen zur Politik wissen. Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Aussagen an, inwieweit Sie diese zutreffend oder nicht zutreffend finden. Sagen Sie es mir anhand dieser Liste.

In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.

Fünfstufige Antwort: 1 = trifft überhaupt nicht zu; 2 = trifft eher nicht zu; 3 = teils/teils; 4 = trifft eher zu und 5 = trifft voll und ganz zu.

*Parteiidentifikation* Und nun noch einmal kurz zu den politischen Parteien. In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?

1 = alle Personen, die eine Partei nennen

0 = keine Partei

*Politisches Interesse* Frage: Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

Fünfstufige Antwort: 1 = überhaupt nicht; 2 = weniger stark; 3 = mittelmäßig; 4 = stark; 5 = sehr stark

*Demokratiezufriedenheit* Frage: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – allen in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? Sind sie eher zufrieden, zufrieden, teils/teils, unzufrieden oder sehr unzufrieden?

Fünfstufige Antwort: 1 = sehr unzufrieden; 2 = unzufrieden; 3 = teils/teils; 4 = zufrieden; 5 = sehr zufrieden

## B) Faktorenanalyse der Aggregatdaten

Variable	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Uniqueness
Steuereinnahmen	-0.61					0.29
Einwohner zwischen 50 u 65 J		-0.61				0.20

Variable	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Uniqueness
Arbeitslosenquote	0.89					0.03
Arbeitslosenquote Jüngere	0.85					0.11
Arbeitslosenquote Ältere	0.89					0.08
Anteil Langzeitarbeitslose (> 12 Monate) an den Arbeitslosen				0.80		0.25
ALG I Leistungen (durchschn.)	-0.84					0.21
Beschäftigungsquote	-0.61				-0.53	0.26
Hochqualifizierte		0.54			0.58	0.14
Anteil Minijobs an den Beschäftigungsverhältnissen	-0.59				-0.63	0.19
Einwohner 65 plus			0.81			0.07
Einwohner 85 plus			0.83			0.14
Einwohner jünger als 3 Jahre			-0.74			0.24
Abhängigenquote Ältere			0.82			0.10
Geburten von Müttern unter 20 J	0.88					0.17
Gymnasialquote		0.69				0.41
Schulabbrecher	0.79					0.30
Ärzte pro 1000 Einwohner		0.92				0.11
Krankenbetten pro 1000 Einwohner		0.78				0.26
Pflegeheime			0.69			0.36
Einkommensteuer	-0.83					0.18
Arbeitsmarkthilfe langfristig	0.90					0.07
Arbeitsmarkthilfe kurzfristig	0.75					0.25
Arbeitslose SGB II	0.84					0.04
Grundsicherung		0.77				0.16
Alleinerziehende	-0.59			-0.62		0.18
Junge alleinerziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte				-0.79		0.23
Kinderarmut	0.82					0.06
Haushaltsgröße (quadr.)		-0.59				0.19

Faktorladungen <0.5 nicht angegeben

Faktor-Rotationsmatrix	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5
Faktor 1	0.89	0.08	0.32	0.25	0.15
Faktor 2	-0.09	0.91	-0.24	0.28	0.13

Faktor-Rotationsmatrix	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5
Faktor 3	-0.27	0.29	0.88	-0.18	-0.14
Faktor 4	0.22	0.21	-0.12	-0.88	0.31
Faktor 5	0.25	0.17	-0.17	-0.19	-0.91

## Literatur

- Anderson, Christopher J., und Pablo Beramendi. 2012. Left parties, poor voters and electoral participation in advanced industrial societies. *Comparative Political Studies* 45:714–846.
- Ansolabehere, Stephen, und Eitan Hersh. 2012. Validation: What big data reveal about survey misreporting and the real electorate. *Political Analysis* 20:437–459.
- Armington, Klaus. 1994. Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46:43–64.
- Belli, Robert F., Michael W. Traugott, und Matthew N. Beckmann. 2001. What leads to voting overreports? Contrasts of overreporters to validated voters and admitted nonvoters in the American election studies. *Journal of Official Statistics* 17:479–498.
- Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld, und William N. McPhee. 1954. *Voting. A study of opinion formation in a presidential campaign*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Berent, Matthew K., Jon A. Krosnick, und Arthur Lupia. 2011. The quality of government records and „overestimation“ of registration and turnout in surveys. Report Working Paper Nr. Nes012554 in: Lessons from the 2008 ANES Panel Study’s Registration and Turnout Validation Exercises. Ann Arbor: American National Election Studies.
- Bernstein, Robert, Anita Chadha, und Robert Montjoy. 2001. Overreporting voting. Why it happens and why it matters. *Public Opinion Quarterly* 65:22–44.
- Caballero, Claudio. 2014. Nichtwahl. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 2. Aufl., 437–488. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Caldeira, Gregory A., Samuel C. Patterson, und Gregory A. Markko. 1985. The mobilization of voters in congressional elections. *The Journal of Politics* 47:490–509.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin, und Warren E. Miller. 1971 [1954]. *The voter decides*. Westport: Greenwood Press.
- Cox, Gary W., und Michael C. Munger. 1989. Closeness, expenditures, and turnout in the 1982 U.S. house elections. *American Political Science Review* 83:217–231.
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper and Brothers.
- Eilfort, Michael. 1994. *Die Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wählerverhaltens*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Faas, Thorsten. 2010a. Das fast vergessene Phänomen Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009. In *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 69–86. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Faas, Thorsten. 2012b. Wahlbeteiligung. In *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* Hrsg. Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund, 413–440. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Faas, Thorsten, und Hans Rattinger. 2003. Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit: Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002. In *Politbarometer*, Hrsg. Andreas M. Wüst, 205–238. Opladen: Leske + Budrich.
- Falter, Jürgen W., und Siegfried Schumann. 1994. Der Nichtwähler – das unbekanntes Wesen. In *Wähler und Nichtwähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase, 161–213. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Hajnal, Zoltan, und Jessica Trounstein. 2005. Where turnout matters: The consequences of uneven turnout in city politics. *Journal of Politics* 67:515–535.
- Kenworthy, Lane, und Jonas Pontusson. 2005. Rising inequality and the politics of redistribution in affluent countries. *Perspectives on Politics* 3:449–471.
- King, Gary. 1997. *A solution to the ecological inference problem: Reconstructing individual behavior from aggregate data*. Princeton: Princeton University Press.
- Kleinhenz, Thomas. 1995. *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kohler, Ulrich. 2006. Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz in Europa. In *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005*, Hrsg. Jens Alber und Wolfgang Merkel, 159–179. Berlin: edition sigma.
- Lamers, Patrick, und Sigrid Roßteutscher. 2014. Die Wahlbeteiligung. In *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Rüdiger Schmitt-Beck, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Bernhard Weßels, und Christof Wolf, 119–132. Baden-Baden: Nomos.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson, und Hazel Gaudet. 1969. *Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens*. Berlin: Luchterhand.
- Lijphart, Arend. 1997. Unequal participation: Democracy's unresolved dilemma. *The American Political Science Review* 91:1–14.
- Mahler, Vincent A. 2008. Electoral turnout and income redistribution by the state: A cross-national analysis of the developed democracies. *European Journal of Political Research* 47:161–183.
- McPherson, Miller, Lynn Smith-Lovin, und James M. Cook. 2001. Birds of a feather: Homophily in social networks. *Annual Review of Sociology* 27:415–444.
- Merkel, Wolfgang, und Alexander Petring. 2012. Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In *Demokratie in Deutschland*, Hrsg. Tobias Mörschel und Christian Krell, 93–119. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Norris, Pippa. 2002. *Democratic phoenix. Reinventing political activism*. Oxford: Oxford University Press.
- Partheymüller, Julia, und Rüdiger Schmitt-Beck. 2012. A „social logic“ of demobilization: The influence of political discussants on electoral participation at the 2009 German Federal Election. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 22:457–478.
- Pontusson, Jonas, und David Rueda. 2010. The politics of inequality: Voter mobilization and left parties in advanced industrial states. *Comparative Political Studies* 43:675–705.
- Przeworski, Adam. 2010. *Democracy and the limits of self-government*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rattinger, Hans, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Weßels, und Christof Wolf. 2014. Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLES 2013). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5702 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.11891.
- Riker, William H., und Peter C. Ordeshook. 1968. A theory of the calculus of voting. *American Political Science Review* 62:25–42.
- Roth, Dieter, und Andreas M. Wüst. 2007. Emanzipiert und ungeliebt: Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland. In *Res Publica Semper Reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls, Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag*, Hrsg. Werner J. Patzelt, 390–412. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scervini, Francesco, und Paolo Segatti. 2012. Education, inequality and electoral participation. *Research in Social Stratification and Mobility* 30:403–413.
- Schäfer, Armin. 2012. Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. *Politische Vierteljahresschrift* 53:240–264.
- Schäfer, Armin. 2015. *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum der Rückgang der Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt a. M.: Campus.

- Schäfer, Armin, und Sigrid Roßteutscher. 2015. Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl. In *Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 99–118. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, und Christian Mackenrodt. 2010. Social networks and mass media as mobilizers and demobilizers: A study of turnout at a German Local Election. *Electoral Studies* 29:392–404.
- Schoen, Harald. 2014. Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 2. Aufl., 169–239. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald, und Cornelia Weins. 2005. Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 187–242. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Selb, Peter, und Simon Munzert. 2013. Voter overrepresentation, vote misreporting, and turnout bias in postelection surveys. *Electoral Studies* 32:186–196.
- Smets, Kaat, und Carolien Van Ham. 2013. The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. *Electoral Studies* 32:344–359.
- Solt, Frederick. 2008. Economic inequality and democratic political engagement. *American Journal of Political Science* 52:48–60.
- Steinbrecher, Markus, und Hans Rattinger. 2011. Die Wahlbeteiligung. In *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Hans Rattinger, et al., 77–90. Baden-Baden: Nomos.
- Tingsten, Herbert. 1975 [1937]. *Political behavior: Studies in election statistics*. London: Arno Press.
- Topf, Richard. 1995. Electoral participation. In *Citizens and the state*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs, 27–51. Oxford: Oxford University Press.
- Tourangeau, Roger, Robert M. Groves, und Cleo D. Redline. 2010. Sensitive topics and reluctant respondents. Demonstrating a link between nonresponse bias and measurement error. *Public Opinion Quarterly* 74:413–432.
- Uslaner, Eric M., und Mitchell Brown. 2005. Inequality, trust, and civic engagement. *American Politics Research* 33:868–894.
- Weßels, Bernhard. 2015. Politische Ungleichheit beim Wählen. In *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Hrsg. Wolfgang Merkel, 67–91. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zuckerman, Alan S. 2007. The social logic of political choice: Picking a political party in the context of immediate social circles. *Politische Vierteljahresschrift* 48:633–649.

**Dr. Armin Schäfer** ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt International Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Osnabrück.

**Dr. Hanna Schwander** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum zu Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM) der Universität Bremen, mit einem besonderen Fokus auf politische Ökonomie und vergleichende Politikwissenschaft.

**Dr. Philip Manow** ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Bremen.